



Sperrfrist: Donnerstag, 8.12.2016, 20.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

5 Rede zu TOP 8 der Ratssitzung am 8.12.16

Sicherheit in Solingen – Kommunale Polizeiprävention

von Prof. Dr. Jörg Becker

15

20

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Medien veröffentlichen täglich riesengroße Artikel über die Zunahme an Gewalt in unserer
Gesellschaft. Der Tenor ist überall derselbe: Es ist alles bedrohlich, Gewalt nimmt zu, Respekt nimmt ab. Doch was kümmern die Medien schon repräsentative Untersuchungen, was kümmern sie schon Zahlen, Fakten und Tatsachen.

Guckt man sich die vielen methodisch sauberen und repräsentativen Untersuchungen des Kriminologischen Instituts aus Hannover an, dann nehmen in Deutschland seit langer Zeit Gewaltdelikte ab. Das gilt ganz besonders für Jugendliche, denn Jugendgewalt ist seit 1998 rückläufig. Zurück geht auch die Zahl von Alkoholmissbrauch durch Jugendliche und zurück geht bei Jugendlichen auch die Zahl von Cybermobbing. Ausländerfeindlichkeit prägt das Weltbild nur einer kleinen Minderheit von Jugendlichen. Und wer sich auf das Thema Flüchtlinge kaprizieren möchte, dem kann laut BKA versichert werden, dass die von Flüchtlingen ausgehende Kriminalität (zumeist Ladendiebstahl und Schwarzfahren) 2016 drastisch gesunken ist. Wo also ist das Problem?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, es gibt Gewalt in Deutschland.

Das Bundeskriminalamt geht für den Zeitraum von 1990 bis 2011 von 849 Toten oder
lebensgefährlich verletzten Menschen durch rechte Täter aus, zur Zeit gibt es täglich drei Anschläge auf Flüchtlingsheime, zwischen 25 % aller Frauen haben Gewalt durch ihren Partner erfahren, die Deutsche Bank führt zur Zeit rund 600 Prozesse wegen vermutlich krimineller Betrügereien, 1.400 Bundeswehrsoldaten leiden nach ihrem Afghanistaneinsatz an posttraumatischen Störungen und die Polizei erschoss im letzten Jahr 10 Personen. Ja, es gibt Gewalt in Deutschland. Sie hat verschiedene Erscheinungsformen und verschiedene Ursachen. Doch auch davon findet sich in diesem Sicherheitsbericht nichts.

Die Fraktion DIE LINKE hat deswegen zwei wesentliche Kritikpunkte an diesem Sicherheitsbericht für Solingen. Erstens geht es diesem Bericht im Gegensatz zur Realität nicht um Gewalt, sondern um

gefühlte Gewalt. Und zweitens gibt es in diesem Bericht keine sauberen Definitionen. Über was spricht der Bericht eigentlich? Was ist Gewalt, was ist soziale Verwahrlosung, was ist Verdreckung, was ist Armut, was ist ökonomisches Elend? Was hat das eine mit dem anderen zu tun? Ich kann hier nur sagen, dass dieser Bericht viel zu kurz springt, fast nichts richtig erklärt und deswegen gründlich überarbeitet werden muss.

DIE LINKE kann keine Politik mittragen, die von gefühlter statt von realer Gewalt spricht. Postfaktisch nennt man inzwischen eine solche Politik. Also eine Politik, die sich nicht um Fakten schert, sondern um eine Welt jenseits, vor, nach, über oder unter den Fakten. Werter Herr Kollege Weeke: Ich schätze Ihre Nüchternheit, Ihr Vertrauen in Fakten, Ihr Bemühen um Sachlichkeit. Und genau das ist auch Ihre Aufgabe als Kämmerer. Doch wie können Sie Ausgaben von rund 1 Mio. Euro mittragen, die sich auf postfaktische Vermutungen stützen? Sprechen wir in diesem Rat demnächst auch über gefühlte Eventhallen, gefühlte Kitas, eine gefühlte Autobahnanbindung und eine nur gefühlte CDU?

Auch die Polizei selbst stellt keinen Gewaltanstieg in Solingen fest und auch bei ihr stoßen Videokameras auf dem Graf-Wilhelm-Platz auf rechtliche Bedenken. Auch bei der Polizei weiß man, dass solche Kameras keine Abschreckungsfunktion erfüllen und allenfalls nach einer kriminellen Tat bei der Täteridentifizierung hilfreich sein können. Im Übrigen waren die vielen öffentlichen Videokameras rund um den Kölner Dom in der Silvesternacht völlig witzlos. Bei der Aufarbeitung nachher stammten die einzig verwendbaren Aufnahmen von privaten Handys.

Und nehmen Sie es mir bitte, geschätzter Kollege Flemm, eine Frage nicht krumm: Wie oft haben Sie ihren Sitz im Polizeirat wahrgenommen? Hätten Sie das häufiger getan, dann wären diese Selbsteinschätzungen der Polizei vielleicht intensiver in diesen Sicherheitsbericht eingeflossen.

Zwei, drei Gedanken zum Schluss.

35

40

45

50

55

65

70

- Im rechtlich klar geregelten Nebeneinander von Polizei und Ordnungsamt hat es ein kommunales
 Ordnungsamt dann schwer, wenn das Polizeipersonal auf Landesebene gekürzt wird und dann deswegen das Ordnungsamt auf kommunaler Ebene mehr und neue Aufgaben übernehmen muss.
 Wie so häufig, so frage ich auch hier die drei Solinger Landtagsabgeordneten Iris Preuß-Buchholz, Josef Neumann und Arne Moritz, wie sie bei Sparmaßnahmen an Polizeistellen in Düsseldorf abgestimmt haben.
 - 2. Ich denke gerne an die Zeit der CDU zurück, in der diese Partei den Freiheitsbegriff in den Mittelpunkt ihres politischen Selbstverständnisses gestellt hatte. Seit langem hat sie den Begriff Freiheit durch den der Sicherheit ersetzt. Ich finde das kläglich. Ich finde das noch kläglicher bei der FDP. Deren alte, große, stolze und liberale Freiheitstradition ihrer Freiburger Thesen kommt mit einem solchen Sicherheitsbericht auf den Hund.
 - 3. An die Verwaltung gerichtet: Machen Sie einen neuen faktenorientierten Gewaltpräventions- und Konfliktlösungsbericht, dann können wir einen solchen Bericht mittragen. So nicht.